

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

7.6.1932 (No. 130)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspennig. — Samstags 15 Reichspennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspennig für 1 cm Höhe und ein Quadratmeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 50% Rabatt, der als Kopierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verteilung und Kontostornosverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der deutsche Tabakbau und seine wirtschaftliche Bedeutung

Von C. Leonhard Albert, Diplombölkswirt, Karlsruhe.

II. (Schluß)

Auf den Ausstellungen, man denke jetzt an die in Mannheim Ende des Monats aufgestellte 38. Wandschauausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, können nur erste Qualitäten vorgelegt werden, denn der Rohabakhandel und die tabakverarbeitende Industrie brauchen beste Erzeugnisse; sie sind es hauptsächlich, die letztendlich als Leute vom Fach über die Bonität entscheiden, wieweit die jeweils angebotenen Ernten zur Fabrikation zu verwenden sind. Das Interesse dieser Kreise wird am deutschen Tabakbau von Jahr zu Jahr größer, das ist begründet in der offensichtlichen Verbesserung der Qualitäten der deutschen Tabake.

Für das Reich ist der Tabak ein beachtlicher Faktor. Jährlich fließen ihm aus dem Tabakverbrauch und Tabakgenuß 10—12 Proz. seiner gesamten Einnahmen zu, in Zahlen bedeutet dies fast eine Milliarde Reichsmark. Noch höhere Einnahmen aus dieser Steuerquelle haben nur Amerika mit 1,6 Milliarden und England mit 1,16 Milliarden Reichsmark. Bemerkenswert ist, daß auch diese Länder kein Tabakmonopol haben.

Dem deutschen Tabakbau muß eine immer größer werdende Bedeutung zugemessen werden, deren Berechtigung darin zu suchen ist, daß die finanzielle Lage unseres Vaterlandes es uns nicht weiter gestatten wird, künftighin solche große Mengen ausländischer Tabake nach Deutschland einzuführen, wie dies bis jetzt der Fall war. In den letzten Jahren wurden rund 2 Millionen Zentner ausländischen Rohabaktes im Werte von 250 Millionen Reichsmark eingeführt. All diese Tabake sind in Devisen zu bezahlen; in einer Zeit, in der Devisenrationierung notverordnet werden mußte, bedeutet diese Ausgabe unbedingt eine Schwächung des Volkseinkommens.

Bis heute kann aus heimischer Produktion nur knapp ein Fünftel des benötigten Rohabaktes erzeugt werden. Dies fordert eine vernünftige Steigerung des Tabakangebotes in unserem Lande, damit wir immer mehr unabhängig werden vom Import. Denn selbst das Problem, die Tabakeinfuhr mit Maschinen- und Industrieexporten zu kompensieren, ist nur von ganz kurzer Dauer.

Ein günstiges Vorbild dürfte für uns heute der italienische Tabakbau sein. Dort herrscht der ernste Wille, im Inland alles zu erzeugen, was nur möglich ist. Eine kurze Zahlenaufstellung soll die Lage dorten veranschaulichen:

	Anbaufläche ha	Erzeugung dz	Eigene Bedarfsdeckung %
1913	7500	69 000	27
1919	8500	95 000	—
Eingriff der Regierung durch Tabakförderung			
1922	22 400	230 000	33
1930	43 600	580 000	83,5

Über einen wichtigen Helfer für den deutschen Tabakbau sei noch kurz zu berichten. Das Tabakforschungsinstitut des Deutschen Reiches in Forstheim (Baden) unter Leitung des Herrn Direktor Dr. Paul König, ist wirklich eine Forschungsstätte mit Welt Ruf. Nicht nur werden alle Bedingungen für eine gute Pflanzenzüchtung dort untersucht, der Tabakpflanzler beraten, auch die Tabakstämme selbst werden unter den verschiedensten Voraussetzungen gezogen und dann deren Ertragsfähigkeit, Brauchbarkeit und Klimabeständigkeit geprüft. Die Lebensbedingungen für die einzelnen Tabakspielarten werden so genauestens erforscht. In jeder Tabakbaugegend des Reiches sind eigene Versuchsanlagen, die durch ihre Resultate die Erfahrungen im Tabakbau immer mehr bereichern. Daneben werden die verschiedensten anderen Versuche gemacht, als besondere Spitzenleistung kann gebucht werden, daß es dem Institut gelungen ist, nicht nur nikotinfreie, sondern sogar nikotinfreie Tabake zu pflanzen, deren Geschmack zum nikotinhaltigen Tabak keinen Unterschied aufweist.

Alles in allem ist der deutsche Tabakbau bestimmt von solcher Bedeutung, daß man ihm in heutiger schwerer Zeit eine ganz besondere Beachtung schenken muß. Ihn achten, heißt aber den Bauernfleiß anerkennen, der hinter den einzelnen Kulturen steckt, das Streben schätzen, mit

Letzte Nachrichten

Das Reich und das preussische Problem Die Drohung mit dem Reichskommissar

GW. Berlin, 7. Juni. (Priv.-Tel.) Die preussische Frage ist seit gestern abend sehr stark akut geworden, und zwar durch drei Schritte, die der Reichskanzler eingeleitet hat. Das war erstens Aufnahme von Verhandlungen mit den für die Regierungsbildung in erster Linie in Frage kommenden Parteien, zunächst mit den Deutschnationalen, denen noch Verhandlungen mit den Nationalsozialisten und dem Zentrum folgen sollen. Das zweite ist ein Brief des Kanzlers an den Landtagspräsidenten, wodurch eine schnellere Einberufung des Parlaments mit dem ausdrücklichen Ziel der Wahl eines Ministerpräsidenten gefordert wird. Drittens haben heute vormittag in der Reichskanzlei Besprechungen über die preussischen Finanzfragen stattgefunden.

Daran ist von Reichsseite außer dem Kanzler auch Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk beteiligt, von preussischer Seite Staatsminister Hirtfelder als Vertreter des beurlaubten Ministerpräsidenten und Finanzminister Kesper. Diese Besprechungen haben offenbar das Ziel, etwaigen dringenden Sorgen vorzubeugen. Die endgültige Regelung der preussischen Finanzfragen wird die Reichsregierung aber wohl kaum noch mit der geschäftsführenden Regierung durchführen. Gerade in diesem Zusammenhang wird in Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, die Notwendigkeit einer baldigen Lösung der preussischen Regierungsfrage unterstrichen.

Nach Ansicht politischer Kreise wird man damit rechnen müssen, daß das Problem durch die Einsetzung eines Reichskommissars gelöst wird, wenn es nicht gelingt, die Parteien zu einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zusammenzuführen. Es wird aber erklärt, daß dem Reichskanzler eine parlamentarische Lösung der preussischen Krise offenbar schon deshalb erwünscht sei, da eine Reihe von Gründen — namentlich wohl auch der Widerspruch aus Süddeutschland — es als wünschenswert erscheinen lassen, die Einsetzung eines Reichskommissars wenn irgend möglich zu vermeiden.

GW. Berlin, 7. Juni. (Priv.-Tel.) In dem Schreiben des Reichskanzlers von Papen an den Präsidenten des Preussischen Landtags wird die Bitte, den Preussischen Landtag früher einzuberufen, damit begründet, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig verschiedene wichtige Angelegenheiten, vor allem Finanzfragen, zu verhandeln seien, und daß der Reichskanzler es für besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsmäßigen Grundrissen gebildeten ordentlichen Kabinett geführt werden können. Landtagspräsident Kerl hat, wie wir hören, unmittelbar nach Empfang des Schreibens sich mit den maßgebenden Vertretern der Fraktionen in Verbindung gesetzt. Mit der Entscheidung des Präsidenten dürfte im Laufe des Nachmittags zu rechnen sein. Mit Rücksicht auf den Reichstagswahlkampf nimmt man an, daß auch die zweite Juni-Tagung des preussischen Parlaments nur von kurzer Dauer sein wird.

Man weist darauf hin, daß es für die Wahl des Ministerpräsidenten auch den Weg gäbe, daß der Kandidat der härtesten Fraktion, also der Nationalsozialisten, gewählt werden könnte bei Stimmhaltung des Zentrums, und daß der neue Ministerpräsident dann gemäß der Verfassung an die Parteien sich wendet, aus deren Reihen er das Staatsministerium zusammenzusetzen wünscht. Dagegen wird in preussisch-politischen Kreisen erklärt, daß auch beim Scheitern einer Wahl des Ministerpräsidenten nicht die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars gegeben seien. Man betont u. a., daß in Bayern bereits seit dem 8. August 1930 eine geschäftsführende Regierung amtierte, und daß auch in Sachsen, Hessen und in anderen Ländern geschäftsführende Kabinette am Ruder sind.

Notverordnung über den preussischen Etat?

GW. Berlin, 7. Juni. (Tel.) Heute vormittag begannen beim Reichskanzler v. Papen die Verhandlungen mit Preußen über die Überweisung jener 100 Mill. Reichsmark vom Reich an Preußen, die seinerzeit Preußen für die Übernahme seiner Siedlungsanteile an das Reich zugesagt worden waren. Sollte die Summe bewilligt werden, dann ist die Inkraftsetzung des Etats durch Notverordnung noch für heute zu erwarten.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat Montagabend seinen Urlaub angetreten und Berlin verlassen. Zu seinem Vertreter hat er den Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder bestellt, der von nun an als dienstältester Minister den Vorsitz im geschäftsführenden Kabinett führen wird.

dem sie sorgsam gehegt und gepflegt werden. Man kann der festen Überzeugung sein, daß es dem deutschen Tabakpflanzler gelingen wird, sich die volle Gunst des Tabakverarbeiters zu erringen, somit wird er auch die Gunst der Konsumentenerschaft erlangen, damit ist dann seine Bauernarbeit geehrt und geachtet.

* Das neue Kabinett und die Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik steht schon seit Wochen im Zeichen der Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz und für die große Weltwirtschaftskonferenz, die ihr im Herbst folgen soll. Das neue Kabinett von Papen wird — darüber besteht gar kein Zweifel — nach außen hin die Politik Dr. Brüning's fortsetzen. Und zwar nicht nur in sachlicher Beziehung, sondern auch im Hinblick auf die Tonart.

Dr. Brüning hatte ja schon seinerzeit die deutschen Forderungen mit einer Entschiedenheit angemeldet und vertreten, die nur dann noch überboten werden könnte, wenn man absichtlich den starken Mann spielen wollte. Diese Neigung besteht sicherlich weder beim Reichskanzler von Papen, noch bei dem Außenminister Freiherrn von Neurath. Herr von Papen ist von jeher der Anhänger einer vernünftigen Verständigung mit Frankreich gewesen, und Herr von Neurath ist nicht umsonst schon zu Brüning's Zeiten ersucht worden, das Außenministerium zu übernehmen; wohl der beste Beweis dafür, daß man ihm eine klare und entschlossene, aber gleichzeitig auch ruhige und wohlüberlegte Führung der Außenpolitik zutraute.

Freiherr von Neurath, der zur Zeit in London weilt und dort in eingehenden Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten die Lausanner Konferenz vorbereitet, hat gestern bei zwei Gelegenheiten seiner Auffassung Ausdruck gegeben; und das in einer Weise, die bestimmt das Ausland davon überzeugen wird, daß der Kurswechsel im Reich keineswegs eine Änderung der deutschen Außenpolitik in sich schließt. Herr von Neurath hat mit allem Nachdruck erklärt, daß die deutsche Außenpolitik im wesentlichen ihre Kontinuität wahren werde; ja er glaube, sagen zu dürfen, daß Dr. Brüning die Übernahme des Außenministeriums durch ihn billige. Er sei ebenso wie Dr. Brüning davon überzeugt, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise nur durch die Zusammenarbeit aller Länder beseitigt werden könne. Gewisse törichte Gerüchte, die in den letzten Tagen verbreitet worden sind, daß man in Deutschland an die Wiederherstellung der Monarchie denke, und daß der Reichspräsident dem ehemaligen Kronprinzen Platz machen werde, hat der Außenminister als reine Erfindung bezeichnet.

Die Tätigkeit Neurath's in London ist deshalb sehr erwünscht, weil bisher die englische Presse besonders unfreundlich und kritisch zu dem Kurswechsel in Berlin Stellung genommen hatte. Von den dem Kabinett Papen nahestehenden Blättern wird diese Erscheinung in der Hauptsache damit erklärt, daß man in England die Lesart von solchen deutschen Zeitungen bevorzuge, die in keiner Weise als Vertreter der wahren, öffentlichen Meinung gelten könnten und ihrer ganzen Einstellung nach das neue Kabinett bekämpfen müßten. Man nennt hier in erster Linie die „Frankfurter Zeitung“, die „Wossische Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“, also alles Blätter, die einer Partei angehören, die in voller Auflösung begriffen sei und im neugewählten Reichstag bestenfalls noch über 8 Mandate verfügen dürfte. Hinter diesen Blättern stecke wohl der Einfluß des Börsenkapitals, aber einen Resonanzboden in der Bevölkerung selbst hätten sie nicht.

Inzwischen scheint sich denn auch schon eine Besserung in der Tonart der Londoner Presse bemerkbar zu machen. „Daily Telegraph“ z. B., der noch vor einigen Tagen das Kabinett von Papen mit auffällender Schärfe angriff, schreibt neuerdings, daß zwar der Rücktritt Brüning's nach wie vor in London tief bedauert werde, daß man aber in London nicht glaube, der Regierungswechsel in Deutschland müsse die Verhandlungen in Lausanne unbedingt nachteilig beeinflussen.

Was die Presse der übrigen Länder betrifft, so vor allem Italiens und Frankreichs, so muß man feststellen, daß sich die öffentliche Meinung in Italien sehr sympathisch zu den Vorgängen in Deutschland geäußert hat. Der italienische Außenminister Grandi hat zudem in einer großen Rede der deutschen Außenpolitik nochmals in beinahe feierlicher Form die Unterstützung Italiens zugesichert und dabei mit großer Entschiedenheit die bisherige französische Politik abgelehnt.

Die französische Presse hat im ganzen eine erfreuliche Selbstbeherrschung an den Tag gelegt und immer wieder

den Gedanken anklagen lassen, daß es für eine dauerhafte Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich am besten sei, wenn man mit einem Deutschland, wie es in Wahrheit sei, verhandle. Daß man dieser Taktik nicht ganz zu trauen hat, versteht sich von selbst. Denn nebenher können aus Frankreich Stimmen genug herüber, die gerade unter Hinweis auf den Kurswechsel in Berlin eine Verstärkung der französischen Außenpolitik fordern.

Gestern hat Herr Rainlevé, der neue französische Luftfahrtminister, sich in einem Interview zur Reparationsfrage in einer im ganzen recht-entgegenkommenden Weise geäußert. Bedenklich ist jedoch sein Vorschlag, Deutschland solle dann, wenn es mit der Zeit einen für die übrigen Nationen beunruhigenden Wohlstand erlange, zum Ausgleich gewisse Zahlungen leisten. Und als Sicherheit sollen dafür in einer noch festzulegenden Form die deutschen Verkehrsmittel, Eisenbahn und Handelschiffahrt, zur Verfügung gestellt werden. Man wird auf diese unmögliche Idee noch zurückkommen haben, da sie wahrscheinlich auch in Lausanne eine Rolle spielen wird.

Auch die amerikanische Presse hatte teilweise in den ersten Tagen auf die Tatsache des Kurswechsels in Berlin mit allerlei Alarmmeldungen reagiert, die für uns gewiß nicht günstig waren. Diese Meldungen sind jetzt von dem Bundessekretär Wagner, New York, nachdrücklich dementiert worden. Und es ist zu hoffen, daß sich auch in Amerika in Kürze eine ruhigere und den Tatsachen besser entsprechende Beurteilung durchsetzen wird. Wir hoffen dieses, weil wir der Meinung sind, daß in allen Fragen, welche die Führung unserer Außenpolitik betreffen, parteipolitische Erwägungen nicht den Ausschlag geben dürfen. Hier hat lediglich das vaterländische Gefühl zu entscheiden. Die nationale Einheitsfront in außenpolitischer Beziehung, die schon unter Brüning bestand, darf unter keinen Umständen erschüttert werden. So gebietet es des Vaterlandes Wohl und unser aller Interesse. Die Beurteilung der innerpolitischen Lage und ihrer Probleme bewegt sich auf einem anderen Gelände: sie bleibt jedem nach seiner parteipolitischen Überzeugung unbenommen.

Das Ergebnis der Mecklenburger Wahlen

Keine absolute Mehrheit der NSDAP.
Wie der Landeswahlleiter in Schwerin bekanntgibt, ist durch einen Hörfehler bei der telefonischen Übermittlung die kommunistische Stimmzahl mit 26 962 zu niedrig angegeben. Nach Berichtigung dieses Fehlers stellt sich die Stimmzahl der Kommunisten auf 27 006. Das bedeutet, daß die Kommunisten ihre Mandatszahl von 4 auf 5 erhöhen, so daß im Landtag Stimmgleichheit vorliegt. Es stehen nämlich 30 nationalsozialistische Abgeordnete 30 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber. Möglich ist, daß bei der Schlüsselausrechnung nochmals eine kleine Verschiebung eintritt. Man wird also das endgültige amtliche Schlussergebnis, das Ende dieser Woche bekanntgegeben wird, abwarten müssen.

Wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz wurde in München der nationalsozialistische Führer, Hauptmann a. D. Goering, an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 30 Tagen zu einer Geldstrafe von 300 RM verurteilt. Goering hatte in einer Wahlversammlung mit Bezug auf die Reichsverfassung von der „Weimarer Druckschrift“ u. a. gesprochen. Diese Bezeichnung der Reichsverfassung stellt nach der Begründung des Urteils — eine böswillige und mit Verletzung begangene Verächtlichmachung der Reichsverfassung dar. Die Arbeiter der Vulkanwerft in Bremen sind in den Streik getreten.

Badisches Landestheater

„Dreimäderhaus“

(Neueinstudiert)

Zur Zeit wird aus angeblich authentischem Mund das Wort Tolportiert, es sei doch wohl immer noch besser, das Publikum höre wenigstens etwas von Schubert aus dem „Dreimäderhaus“ als gar nichts. Das ist kaum zu widerlegen; denn was man auch aus künstlerischen und urheberrechtlichen Gründen gegen diese vielgespielte Schubertiade einwenden könnte, sie hat gleichwohl ins Volk manche Melodien Schuberts geleitet, die sonst ausschließlich Besitz der Kenner des Klaviers, der Kammermusik und seines Liebchaffens geblieben wären. Ob es freilich nötig war, auch ein unterirdisches Thema der Hausmusik zu „popularisieren“ und sogar zum Pfiff der Gassenjungen zu degradieren, das ist allerdings eine Frage des Geschmacks, deren Beantwortung wir nach wie vor dem musikalischen Bearbeiter Heinrich Berté überlassen wollen. Einige Reporter könnten übrigens noch etliche Bemerkungen an die Wiederaufnahme des Werkes in den Spielplan knüpfen. Sie betreffen in Sonderheit die schrecklich verzeichnete Figur Schuberts, die nicht einmal so recht in einen „Gartenlaube“-Roman paßt. Aber man darf heute vielleicht annehmen, daß so ziemlich jeder Besucher und selbst der naivste, über den wahren Sachverhalt inzwischen einigermaßen orientiert ist und diesen sentimentalischen Kitsch nicht mehr für bare Münze nimmt, sondern insgeheim belächelt. Dann laßt nämlich auch der abnungslose und vertrottelte Schwammel gar nicht als so schlimmer Alp auf dem übrigen Inhalt, der ein hübsches Lustspiel birgt und wobei eigentlich keiner der Belustigten Ursache hat, sich irgendwie aufzuregen.

Zudem entspricht ja eine gewisse Freizügigkeit in der Milieuschilderung ebenso dem Wesen eines guten Singepieles, wie es nachher Sache der Regie bleibt, Einiges von der belustigenden Schwäche, die jedem mitgegeben ist, entweder zu mildern oder zu steigern. Und da darf man ohne weiteres dem Oberregisseur Viktor Pruscha zugestehen, daß er den richtigen Akzent für die Verteilung der Jagdstücke gefunden hat. Er läßt z. B. Robert Niefer sich für Schubert ausgeben und nimmt mit solch geschickter Besetzung der Figuren von vornherein schon Manches, was peinlich wirken könnte. Natürlich geht es nicht ganz ohne Süßlichkeit, doch wird allein durch Stimmklang und Haltung, die eben den Temorbuffo nicht verleugnen, vieles eher humoristisch glosiert, als schmaltzig banalisiert. Derlei Spielweise ist jedenfalls gerade recht und auch deshalb erwünscht, weil sich

Reichstagswahlen am 31. Juli

Verordnung des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat Montagabend eine Verordnung unterzeichnet, durch die als Termin der Reichstagswahlen der 31. Juli festgelegt wird.

Der Reichsarbeitsminister ernannt

Präsident des Reichsversicherungsamts Schaeffer
Der Reichspräsident hat den Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Hugo Schaeffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Minister Schaeffer gilt als ein hervorragender Beamter, der politisch nicht hervorgetreten ist. Der neue Reichsarbeitsminister, Präsident des Reichsversicherungsamts und des Reichsverwaltungsgerichts, der dieser Tage 57 Jahre alt wird, hat reiche Erfahrungen auf dem Gebiete der Wirtschaft in führenden Stellungen der rheinischen Industrie wie auch im höheren Verwaltungsdienst erworben. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen und Berlin trat er zunächst in die Dienste der Firma Krupp, kam dann in den höheren Verwaltungsdienst in Württemberg, war 1909 bis 1916 Regierungs- und Ministerialrat im württembergischen Ministerium des Innern, ab 1916 stellvertretender württembergischer Bundesratsbevollmächtigter und dann Ministerialdirektor und stellv. Bevollmächtigter zum Reichsrat. Im Jahre 1922 und 1923, während des Ruhrkampfes, leitete er die Finanzen der Firma Krupp. Im März 1924 wurde er dann in das Amt des Präsidenten des Reichsversicherungsamts und des Reichsverwaltungsgerichts berufen.

Der Reichsinnenminister

hat die Dienstgeschäfte übernommen

GNB. Berlin, 7. Juni. (Priv.-Tel.) Hr. von Gahl hat heute vormittag nach seiner Rückkehr aus Ostpreußen die Dienstgeschäfte im Reichsinnenministerium übernommen. Staatssekretär Zweigert stellte ihm die Beamten des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden vor.

Die Stellung der NSDAP.

zur Regierung von Papen

GNB. München, 7. Juni. (Priv.-Tel.) Die Nationalsozialistische Parteipresse schreibt über die Haltung der NSDAP zur Regierung v. Papen, dieses Kabinett sei nicht von der NSDAP gebildet; die NSDAP werde auch das neue Kabinett nach seinen Taten beurteilen. Bei der Reichstagswahl könne nicht abgewartet werden über die Taten einer Regierung, deren Arbeit kaum begonnen und die dieses Volksgeschicks lediglich versachsmäßig ermöglicht haben. Was nach diesem Volksgesicht zu geschehen habe, werde Sache derjenigen sein, die vom Vertrauen des Volkes zur Führung berufen seien.

Der bisherige bayerische Justizminister Dr. Görtner hat mit Rücksicht auf seine Ernennung zum Reichsminister sein bayerisches Amt niedergelegt.

Der frühere Außenminister Dr. Curtius traf in Leningrad ein, um einen Einblick in das Wirtschaftsleben und die kulturellen Verhältnisse der Stadt zu gewinnen.
Der Schifferer aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Der Bevollmächtigte zum Reichsrat, Dr. Schifferer, teilt seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei mit, den er damit begründet, daß er ungehindert durch parteipolitische Rücksichten, so wie im Herbst 1930, wo er keiner politischen Partei angehörte, auch weiterhin auf den verschiedenen Gebieten arbeiten wolle.

Kein Kuhhandel mit dem Saargebiet. Zu den Beschlüssen der französischen Vereinigung für das Saargebiet, welche die französische Regierung aufgefordert hat, ein Moratorium von der Verpfändung des Staatseigentums im Saargebiet und die Herabsetzung der Reparationszahlungen von dem Verzicht Deutschlands auf den Rücklauf der Saargruben abhängig zu machen, wird in Berlin erklärt, daß Deutschland unbedingt auf dem Standpunkt stehe, das Saargebiet eigne sich weder zu Pfandgaben, noch könne es zu einem Kuhhandel gemacht werden. Im übrigen komme der genannten französischen Vereinigung keine besondere Bedeutung zu.

die Aufmerksamkeit dann zwangsläufig stärker auf die anderen Mitwirkenden konzentriert. So gefiel uns etwa der Hofglaube-meister Christian Tscholl noch nie so gut, obwohl Fritz Herz ihn schon früher und darstellerisch kaum schlechter spielte, so gewann aber auch der Detektiv Nowotny eine besondere Bedeutung und ließ gleich bei seinem Erscheinen, einer urförmlichen Kabinetsleistung von Hermann Brand überdies, alle Nachdenklichkeiten fortgeschwimmen. Ausgezeichnet eingeleitet war weiterhin das Mädelzerzett mit der munteren und gewitzten Elfe Blank als Gannet an der Spitze, und sehr sympathisch ergänzt durch die Damen Ellen Winter und Lotte Tischbach. Weit mehr als die Rolle eigentlich verlangt, gab auch Willi Jant als Grisi, und selbst, wo sie greifbar übertrieb, war ihrer höfischen trübseligen Satire schlagträchtige Wirkung sicher. Das gilt nicht minder für die köstliche Hausmeisterin von Maria Genter sowie für das sonstige männliche Personal, von Alfons Kloebe angeführt, der als Baron Edöber die Karten überlegen mißte.
Also, das Haus ging mit und war sogar zu mehrfachem Beifall bei offener Szene aufgeleht. Sein stürmischer Dank ergab schließlich auch Josef Keilberth, der am Dirigentenpaß sah und nicht sehr angenehme Aufgabe, immerhin Schuberts Musik — noch dazu oft auf des Messers Schneide — vor allzu sündiger Vergewaltigung zu bewahren, mit Anstand löste. H. Sch.

Philipp Lenard 70 Jahre. Der berühmte Physiker und Nobelpreisträger, Geh. Rat Prof. Dr. phil. Dr. med. h. c. Dr.-Ing. e. h. Philipp Lenard in Heidelberg, begeht am heutigen Dienstag seinen 70. Geburtstag.

60. Geburtstag von Prof. Dr. Josef Sauer. Universitätsprofessor Dr. Josef Sauer, Professor der Zoologie, der christl. Archäologie und Kunstgeschichte an der Universität Freiburg i. Br., deren Rektor er zur Zeit zum zweiten Male ist, vollendet sein 60. Lebensjahr. Der Jubilar wurde 1872 zu Anshurst (Amt Bühl) geboren. 1902 habilitierte er sich als Privatdozent in Freiburg i. Br. 1906 wurde er außerordentlicher Professor, 1912 planmäßiger außerordentlicher Professor und 1918 Ordinarius. Auch als Schriftsteller erweist Dr. Sauer großen wissenschaftlichen Ruf. Unter seinen Schriften sei eine erwähnt, wegen der Bekanntheit des Themas: „Die Fortschritt von Kirchen und Kunstdenkmälern an der Westfront“. Das Werk, das 1917 erschien, ist eine von wissenschaftlichem Geiste getragene Darstellung, in der die Verdrängungen der Gegner bezüglich der den Deutschen zur Last gelegten Beschädigung kirchlicher Gebäude widerlegt wird.

Brüning antwortet Papen

Eine Erklärung

der Mitglieder der Regierung Brüning

Brüning und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichen eine scharfe Erwiderung auf die Regierungserklärung des Reichskanzlers v. Papen. Die Erklärung lautet:

„Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen. Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben, entgegenzutreten.“

„Wohin gehen die Vorwürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die sozialen Versicherungen banterott, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt. Was ist Wahrheit? Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor.“

„Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte. Andere Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserveen gelebt, die längere Zeit vorhielten oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte die Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Sandwerk und Landwirtschaft unter Aufwendung von Hunderten von Millionen Reichsmark durchgeführt werden.“

„In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden Reichsmark gedrosselt. Das ist nicht „schwache Ansätze“. Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation“ ist weitestgehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen fühlbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampf gegen die Reparationslasten und zur Überwindung der Wirtschaftskrise.“

„Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen in großem Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz aller Stürme sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt. Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Staatshaushalts 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendete hatte.“

„Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit des freiwilligen Arbeitsdienstes Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem großzügigen Siedlungsplan weiteren Volksteilen Hoffnung auf Lebensrhythmus auf eigener Scholle zu eröffnen.“

„Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volke in aller Öffentlichkeit vorgestellt.“

„Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter den schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.“

„Das Kabinett Brüning hat gegen die zerschlagenden Störungen im Lande alle Kraft aufgebracht. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterbrechung vorgelegt. Die letzte geistige Überwindung dessen, was an zerschlagenden Kräften innerhalb des deutschen Volkstums wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen, als durch überzeugten und überzeugenden Tatwillen der einzelnen erfolgen.“

„Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglichst gleichmäßiger Weise zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor dem Verfall bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.“

Die Regierungsbildung in Bayern

GNB. München, 7. Juni. (Priv.-Tel.) Auf den Vorschlag des Vorsitzenden der Fraktion der Bayer. Volkspartei über die Wahl des Ministerpräsidenten übermittelte die Gruppe der Deutschen Nationalen Volkspartei im Bayerischen Landtag eine Antwort, in der es heißt, daß der Vorschlag, die Wahl eines Ministerpräsidenten ohne Bildung einer fest gebundenen Koalition durchzuführen, zu begrüßen sei. Voraussetzung sei allerdings eine vorhergehende Einigung einer Mehrheit auf die Person des Ministerpräsidenten. Die übrigen Parteien werden heute zu dem Vorschlag der Bayerischen Volkspartei Stellung nehmen.

„In den Kreisen der Bayerischen Volkspartei steht man der neuen Reichsregierung mit großem Mißtrauen gegenüber. Der alte „Ruhrerdottor“ Heim hat in einer Rede auf einer oberbayerischen Jungbauernversammlung in Endorf am Chiemsee u. a. erklärt, die Art des Abganges von Dr. Brüning werde von jedem anständig denkenden Menschen bedauert. Bayern erwarte von seiner Landesregierung, daß sie sich „steif“ zeige und auch einen Konflikt nicht fürchte. Jetzt müsse der Liberalismus seine Wechsel präsentieren. Im übrigen wiederholte Heim unverhüllener denn je seine Hinweise auf die Monarchie, die immer näher komme. Heim schloß mit einem eindringlichen Appell, die Augen offen zu halten und sich auf sich selbst zu stellen: „Wir gehen außerordentlich schweren Zeiten entgegen, aber wir brauchen keine Hilfe von außen. Bayern muß und wird Bayern selbst helfen!“

Unklare Lage in Chile

Sozialistische Republik?

GNB. London, 7. Juni. (Tel.) New-Yorker Meldungen wollen vom Ausbruch einer Gegenrevolution in Süd-Chile wissen. Dagegen berichtet Reuters Korrespondent in Valparaiso, daß gegenwärtig im ganzen Lande völlige Ruhe und Ordnung herrsche.

Nach vorliegenden Berichten über eine Militärrevolte der Luftstreitkräfte sollte nach dem Sturz der Regierung eine „sozialistische Republik“ ausgerufen worden sein. Aus dem Programm der neuen Regierung wird erwähnt: Schaffung eines vom Staat zugunsten der Allgemeinheit kontrollierten Kreditregimes, Kontrolle der Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Arbeitspflicht, Sondersteuer für alle Vermögen über eine Million Pesos. Der Steuerertrag soll zur Beschaffung billiger Wohnungen verwendet werden. Ein besonderer Ausschuß soll Gütererzeugung und Güterabgab kontrollieren.

Gehaltskürzung in Amerika. Der amerikanische Senat hat eine 10prozentige Kürzung aller Beamtengehälter über 1000 Dollar beschlossen. Die Gesamtsumme dieser Maßnahme beträgt 117 Millionen Dollar.

Die neuen amerikanischen Steuern

Ertrag eine Milliarde Dollar

Der Ertrag der amerikanischen Steuerreform, der am Montag der Senat zustimmte, worauf sie von Präsident Hoover in Kraft gesetzt wurde, wird auf etwas über eine Milliarde Dollars geschätzt.

Die in die Steuerreform hineingezogenen Hölle auf Kupfer, Petroleum, Kohle und Holz gelten wie alle übrigen Bestimmungen der Novelle nur bis zum 1. Juli 1934. Man nimmt an, daß in der nächsten Session, wenn die Hochschulzähler eine Verlängerung der Laufzeit verlangen, damit das Signal zu einer allgemeinen Revision des Steuersystems gegeben wird. Die neuen Hölle und andere Bestimmungen riefen starke Proteste zahlreicher Parlamentarier hervor. Insbesondere die in letzter Minute eingefügte Einführung eines 3prozentigen Zuschlages auf alle Rechnungen für elektrischen Strom wurde als unsozial scharf angegriffen.

Auch das Sparprogramm zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben dürfte baldigt verabschiedet werden. Man hofft, bis Ende Juni die Session schließen zu können. Dann beginnt der demokratische Parteikonvent in Chicago und damit der eigentliche Wahlkampf. Man vermeidet es daher, strittige Fragen wie den Beitritt zum Weltgerichtshof und der Prohibition anzuführen.

Die Verlängerung des Anstaltskredits für die Reichsbank. Die Federalreservebank von New York teilt mit, daß sie in Gemeinschaft mit den übrigen Zentralbanken der Verlängerung des 90-Millionen-Dollar-Kredits an die Reichsbank um 3 Monate zustimme, dessen Zinssatz auf 5 Proz. herabgesetzt werde.

Ausschluß Hörsings aus der SPD. Der frühere Oberpräsident und Reichsbannerführer, Hörsing, ist vom Parteivorstand aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Hörsing soll die Gründung einer neuen, wirtschaftspolitisch mehr rechts eingestellten Arbeiterpartei beabsichtigen. SPD und Kommunisten. Dr. Breitheid hat einem Vertreter der „Berliner Tageblätter“ erklärt, eine Arbeitsgemeinschaft der SPD mit den Kommunisten komme seiner Ansicht nach nicht in Frage.

Der Landbrücker Ausschuss der Genfer Abrüstungskonferenz schloß seine fünfjährige Beratung mit der Annahme eines Berichtes ab, der zeigt, daß auf keinem der behandelten Gebiete eine Abereinigung unter den verschiedenen Delegationen zu erzielen war.

Kleine Chronik

Die deutsche Fliegerin Elli Weinhorn ist am Montag in Trujillo (Peru) eingetroffen.

Über dem Jnnatal und dem Mangfallau (Oberbayern) ging ein schweres Hagelwetter nieder, das außerordentlichen Schaden auf den Feldern und an den Gebäuden anrichtete.

Nach Schluß der Montagssitzung in Berliner Elster-Prozess wurde der Beschluß, die Elster wieder in Gewahrsam zu nehmen, nicht vom neuem gefaßt. Willi Elster erklärte darauf: „Wir danken Ihnen, Herr Vorsitzender, für das Vertrauen, das Sie uns schenken. Wir werden morgen pünktlich zur Stelle sein.“

Gegen den Führer des Deutschen Städtetages, Prof. Dr. Caro, begann in Berlin ein Prozess, in dem die Anklage ihm den Vorwurf verführerischen Betrages, der Unzufriedenheit und Abgabe einer falschen öffentlichen Versicherung macht. Im Reichswirtschaftsministerium in Berlin stürzte heute, Dienstag vormittag, ein Ministerialamtmann aus dem vierten Stock des Reichswirtschaftsministeriums auf den Hof und blieb tot liegen. Er war von einem Anstaltsgefangenen erschossen worden und ans offene Fenster getreten, um frische Luft zu schöpfen. Dabei erlitt er, wie nachträglich vom Arzt festgestellt wurde, einen Herzschlag.

In der französischen Botschaft in Berlin übergab ein junger Mann am Montagvormittag dem Portier ein Paket, das, in Papier gewickelt, zwei abgeschafte Frauenhände enthielt. Es handelte sich um den 24-jährigen Landwirtschaftsstudenten Ludwig Schock in Gütin, der getötet worden ist und seine 60-jährige Mutter, Witwe des Regierungsschreibers, ermordet hatte. Der Mörder konnte heute festgenommen werden.

Wie vom Stationskommando der Ostsee mitgeteilt wird, sind zwei weitere Bergungsläufe der Mindener Autokatastrophe ihren Verletzungen erlegen. Dadurch erhöht sich die Zahl der Toten auf vier. Zwei Marineangehörige schweben noch in Lebensgefahr.

In Aigion stürzte ein mit vier Personen besetztes Flugzeug ab. Sämtliche Insassen kamen ums Leben.

In einem Irkutsk in Werschan wird ein großes kriegerisches Schauspiel aufgeführt, das den Titel trägt: „Die deutschen Ordensritter“.

Badischer Teil

Die Mannheimer Ausstellung

Ein Rückblick

Sonntag abend schlossen sich die Tore der 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim nach fünfjähriger Dauer, um erst wieder zu der 39. Ausstellung 1933 in Berlin geöffnet zu werden.

Von den über 300 000 Besuchern der Ausstellung kamen nur etwa 100 000 mit der Reichsbahn, während etwa ebensoviel mit Omnibussen nach Mannheim gekommen waren. Insgesamt dürfte die Reichsbahn an den 5 Tagen etwa 50 Sonderzüge und Zugverdoppelungen eingelegt haben. Die DGG hat schätzungsweise 20 000, die Rhein-Genau-Bahn etwa 10 000 Besucher befördert. Mit Flugzeugen kamen über 100 Passagiere an. Eine Rekordtatigkeit mußte die Straßenbahn entfallen. Rund 310 000 Besucher haben die Eingangskontrolle der Ausstellung passiert, rund 20 000 zahlende Besucher fanden sich zu den Meist- und Fahrturnieren ein. 10 000 Karten wurden zu verbilligtem Preise an Erwerbslose abgegeben. 30 000 Schulkinder empfingen auf der Schau Belehrungen. Welche soziale Bedeutung die Schau hatte, beweist, daß rund 900 bis 1000 Arbeitslose vorübergehende Beschäftigung fanden. Das Quartierbüro im Hauptbahnhof vermittelte 3910 Quartiere. 4000 Ausstellungsbesucher kamen in Massenquartieren unter.

In der Weinstockhalle wurden etwa 7000 Flaschen geleert. Von anfänglich 160 auf der Karte verzeichneten Weinen gab es am Schluß nur noch ganze 31. In 8000 Besuchern wurden täglich Weinstöproben gegeben. In den Biergärten wurden etwa 450 Hektoliter Bier verteilt, dazu kamen täglich 3000 Prose, etwa ebensoviel Weiß- und Rotwein und — last not least — täglich ein 10 Zentner schwerer Ochse. 100 Erwerbslose fanden allein in den Biergärten während fünf Tagen Verdienst. Der Stadtsaal wird nach durch die Getränkevereinnahmen wohl ebenfalls beträchtlich gefüllt haben. Die Mannheimer Milchzentrale verausgabte täglich etwa 20 000 Flaschen Milch. Die Rettungsbühnen schließlich etwa 523 Fällen helfend ein. 6 Personen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Einen negativen Rekord verzeichnete die Feuerwache, die nirgends einatzen mußte.

Konsularische Vertretung Jugoslawiens

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Das Jugoslawische Generalkonsulat in München ist aufgehoben. Die konsularische Vertretung Jugoslawiens für Baden wird von der Konsularabteilung der Königlich Jugoslawischen Gesandtschaft in Berlin W. 10, Regentenstr. 17, wahrgenommen.

Der Redar Kanal

Nach einer Mitteilung der Redar-AG, Heilbronn an den Vorsitzenden des Südwestdeutschen Kanalvereins, Geheimrat Dr. Brudmann, beeinträchtigt die vom Reich beschlossene Kürzung der Mittel für den Redar Kanal das Bauprogramm für 1932 in keiner Weise. Die Redar-AG hofft mit gutem Grund, daß schon angefangene Arbeiten im nächsten Sommer in Angriff genommen werden können. Die Meinung, daß die vertraglichen Verpflichtungen des Reiches in bezug auf den Redar Kanal im Jahre 1932 ablaufen, ist nämlich unzutreffend. Die Verpflichtungen sind nicht zeitlich, sondern ausschließlich sachlich-geographisch, nämlich zunächst durch die Erreichung von Heilbronn, begrenzt. Schon jetzt ist es gelungen, zu erreichen, daß Grabarbeiten großen Umfangs an allen drei Staustufen, die unterhalb Heilbronn noch fertigzustellen sind (Gutenbach, Redarstümmern und Gumbelshausen), in das in diesen Tagen zur Beratung stehende Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgenommen wurden. Kommt das Programm, wie zu hoffen ist, zur Ausführung, so werden die drei Staustufen also in diesem Sommer in Angriff genommen werden.

Aus den Parteien

In Achern sprach im Rahmen eines Vortragsabends der Deutschen Volkspartei Finanzminister Dr. Maries über die heutige Lage. Er bedauerte den Regierungswechsel im gegenwärtigen Zeitpunkt, weil damit hoffnungsvolle Ansätze und Entwicklungen auf außenpolitischem Gebiete gestört würden. Das Jahr 1932 werde in keiner der großen politischen Fragen — Reparationen, Abrüstung und Überwindung der Wirtschaftskrise — eine Entscheidung bringen können und auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und der Finanzen sei so vieles zwangsläufig, daß auch die Regierung kaum neue Wege einschlagen könne. Die Schlussworte des Redners gipfelten in dem Appell, die politische Mitte zu sammeln, damit sie in dem Gegenprall von rechts und links nicht völlig zum Schaden des Mittelstandes zerrieben werde.

Ein sozialdemokratischer ordentliches Landesparteitag ist auf Sonntag, den 19. Juni, nach Offenburg einberufen worden. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht. 2. Wahl des Landesvorstandes und Parteiausschusses. 3. Auffstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl. 4. Bericht der Landtagsfraktion. 5. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen das Kabinett der Barone und die Faschisten.

Aus der badischen Industrie

Die Spinnerei und Weberei AG, Zell-Schnau i. Wiesental hat in ihrem Schnauener Betrieb die Arbeitszeit in der Weberei von 64 auf 48 Stunden herabgesetzt, in der Spinnerei von 50 auf 46 Stunden, trotzdem das Werk bis heute voll beschäftigt war. Nach einer zwischen dem Textilarbeitgeberverband und den Textilgewerkschaften getroffenen Abmachung, sollen die vollbeschäftigten Werke eine besondere Abgabe an die Erwerbslosenfürsorge entrichten. Diese würde für das Schnauener Werk etwa 1000 RM. pro Woche ausmachen. Die Betriebsleitung hält aber diese Abgabe zur Zeit für untragbar und hat sich deshalb zur Arbeitszeitverlängerung entschieden.

Tagungen

Der 29. Verbandstag der badischen Arbeiterbildungsvereine, verbunden mit dem 70. Stiftungsfest des Raboltscheller Vereins, fand in Raboltschell statt. Der Verband zählt 51 Vereine, von denen 49 Vertreter entsandt hatten. Dem Verbandstag wohnten auch Vertreter aus Württemberg und der Pfalz bei. Dem Tätigkeitsbericht des Verbandsvorsitzenden Dr. Gutheim war zu entnehmen, daß der Mitgliederstand infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage um etwa 500 zurückgegangen ist. Von den rund 8000 Mitgliedern sind 2000 arbeitslos. Die Mitgliederbeiträge betragen im Jahre 1931 rund 30 000 RM., die Kranienlasten betragen, die Sterbegelder 14 000 RM. In 51 Büchereien sind 29 000 Bände vorhanden; 8 Vereine haben Abteilungen für Turnen, Spiel und Sport und 26 Vereine besitzen Gefangenenabteilungen. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. pro Mitglied und Jahr festgesetzt (bisher 56 Pf.).

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Dienstagmorgen: Der Zustrom polarer Luft hat über Westeuropa ein hartes Steigen des Luftdruckes erzeugt. Dabei ist ein Hochdruckgebiet, das seit einiger Zeit über dem Nordatlantik lag, in Bewegung gesetzt worden und zieht nun langsam nach Osten. Das Wetter wird daher besser werden. Voraussage: Verbesserung des Wetters.

Wassersstände: Waldshut 318 plus 2, Basel 128 plus 10, Schutterinsel 192 plus 6, Rehl 333 plus 13, Maxau 498 plus 7, Mannheim 384 minus 1, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Waldorf (bei Bielefeld), 7. Juni. Am Sonntag gelangten verschiedene Spargelendungen mittels Eisenbahn- und Flugverkehr zur Beförderung nach London. Die Spargel wurden am Späten Vormittag gestochen, gingen um 14.07 Uhr mit dem beschleunigten Personenzug nach Köln, wurden dort auf den Flughafen gebracht und in das Nachtpost- und Frachtlugzeug verladen, so daß sie bereits nach 17 Stunden um 6.35 Uhr in London rechtzeitig vor dem ersten Frühstück eintrafen.

Dr. Redarimus, 6. Juni. In der Staustufe Rodenau wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Bei der Staustufe Girschhorn wird teilweise gearbeitet. Als an der letzteren Staustufe Arbeiter mit der Arbeit beginnen wollten, suchte sie ein Trupp Streikender daran zu hindern, wobei es zu einer Schlägerei und einem Steinbombardement kam. Die Polizei machte vom Gummistock und der Schußwaffe Gebrauch. Es gab einige leichte Verletzungen.

Dr. Oberkirch (am Billingen), 6. Juni. Nach langem Verhör hat gestern nach die 44-jährige Ehefrau des Landwirts Storz, dessen Anwesen letzte Woche niederbrannte, eingestanden, den Brand selbst gelegt zu haben. Die Frau wurde verhaftet. Das Anwesen war fast verschuldet.

Staatsanzeigen

Verlautbarung
XIII. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizeangehörige.
Genügende Beteiligung vorausgesetzt, ist beabsichtigt, den XIII. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizeangehörige an der Polizei- und Gendarmerieschule in Karlsruhe vom 5. bis 30. September 1932 stattfinden zu lassen. In das Unterrichtsgebiet ist neu Kraftfahrzeugwesen aufgenommen.
Die in Betracht kommenden Städte und größeren Gemeinden wollen durch die Staatsaufsichtsbehörden jetzt schon auf den Kurs hingewiesen und die Anmeldungen zur Teilnahme an dem Lehrgang durch ihre Vermittlung bis spätestens 15. Juli 1932 hierher vorgelegt werden.
Karlsruhe, den 8. Juni 1932.
Der Minister des Innern
J. S.: Weigel

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen
Verst.:
Den Vorstand des Wasser- und Straßenbauamts Mosbach, Regierungsbaurat Guard Kiefer, als Dienstvorstand zum Kulturbaumeister Offenburg.

Waagen aller Art liefert:

Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	7. Juni		6. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.88	171.22	170.88	171.22
Kopenhagen 100 Kr.	84.72	84.88	84.82	84.98
Italien . . . 100 L.	21.63	21.67	21.63	21.67
London . . . 1 Pf.	15.50	15.55	15.53	15.57
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.61	16.65	16.61	16.65
Schweiz . . . 100 Fr.	82.41	82.57	82.41	82.57
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Mannheimer Hafenverkehr im Mai

Der Wasserstand des Rheins wie des Neckars war im Berichtsmontat für die Schifffahrt günstig, und es konnten die Fahrzeuge ohne Leichterung die Fahrt nach dem Oberrhein fortsetzen. Der Rheinpegel bewegte sich im Monat Mai zwischen 488 und 262 Zentimeter, der des Neckars zwischen 500 und 268 Zentimeter. Das Frachtenangebot war auch in diesem Monat sehr mäßig und die Frachtsätze sehr gedrückt. Die Zahl der stillgelegten Fahrzeuge ging gegenüber dem Vormonat etwas zurück und betrug Ende Mai dieses Jahres 91, mit einer Tragfähigkeit von 88 973 Tonnen.

Der Gesamtumschlag betrug im Berichtsmontat 336 973 Tonnen (im Vorjahr 393 411 Tonnen), gegenüber dem Vormonat weniger 30 Tonnen; er hat sich also beinahe in der Höhe des Vormonats gehalten.

Rheinverkehr:

Ankunft 263 Güterboote und 524 Schleppflöße mit 250 231 t, Abgang 258 Güterboote und 480 Schleppflöße mit 54 429 t.

Neckarverkehr:

Ankunft — Güterboote und 57 Schleppflöße mit 12 286 t, Abgang 3 Güterboote und 75 Schleppflöße mit 11 027 t.

Auf den Handelsrhafen entfallen: Ankunft 161 088 Tonnen, Abgang 52 120 Tonnen; auf den Industriehafen: Ankunft 53 853 Tonnen, Abgang 8709 Tonnen; auf den Rheinauhafen: Ankunft 66 576 Tonnen, Abgang 4627 Tonnen.

Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug: auf dem Rhein 32 426 Tonnen und auf dem Neckar 22 652 Tonnen.

Auf dem Neckar sind 29 direkte Schleppzüge und 1 Lokalzug abgegangen.

An Güterwagen wurden während des Berichtsmontats gestellt: im Handelsrhafen 9573, im Industriehafen 7471 und im Rheinauhafen 7720 10-Tonnen-Wagen.

Karlsruher Hafenverkehr im Mai

Im Mai 1932 hat der Wasserstand des Oberrheins häufig gewechselt. Am Pegel zu Maxau betrug er am Anfang des Monats 394 Zentimeter, stieg unter Schwankungen bis auf 560 Zentimeter am 14., fiel bis auf 506 Zentimeter am 22. und stieg sodann wieder unter Schwankungen bis auf 540 Zentimeter am Ende des Monats. Der Wasserstand des Oberrheins war sonach im Mai 1932 für die Großschifffahrt nach und von Karlsruhe noch günstiger als im April 1932. Schiffslieferungen waren nur am Anfang des Monats in unbedeutendem Maße nötig.

Im Mai 1932 sind im Karlsruher Rheinhafen 94 Güterboote und Motorschiffe, sowie 214 Schleppflöße angekommen und 98 Güterboote und Motorschiffe, sowie 210 Schleppflöße abgegangen. Der Schiffverkehr war sonach im Mai 1932 schwächer als im April 1932, was aber darauf zurückzuführen ist, daß im Mai 1932 die Fahrzeuglieferung infolge des günstigeren Wasserstandes besser als im April 1932 ausgenutzt werden konnten. Der Umschlagsverkehr im Karlsruher Rheinhafen war im Mai 1932 rund 14 000 Tonnen stärker als im April 1932 und rund 10 000 Tonnen stärker als im Mai 1931.

Die Personenschifffahrt nach und von Karlsruhe, sowie die Saperunfahrten sind im Mai 1932 wieder aufgenommen worden. Ihr Verkehr war aber, wohl der noch verhältnismäßig kalten Witterung wegen infolge der ungünstigen Wirtschaftslage, nur gering.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz, E. G. m. b. H., Karlsruhe. Die gutbesuchte ordentliche Generalversammlung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Genossenschaft trotz des schweren Krisenjahres 1931 eine Bilanz vorlegen konnte, die einen Betriebsübergang von 44 445,63 RM. ausweist. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die von der Verwaltung vorgeschlagene Anteilserhöhung um 300 auf 800 RM. zu genehmigen. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt, die Regularien genehmigt, die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wiedergewählt und neu in den Aufsichtsrat gewählt, die Herren Stadtrat Sonner, Karlsruhe, und Architekt Goldmann, Forstheim.

Mahnahmen polnischer Banken gegen Devisenspekulation. Der polnische Bankverband hat beschlossen, die Spekulation in Gold und Devisen zu begrenzen.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika. Nach Schätzungen von amerikanischer Gewerkschaftsseite soll die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 10 1/2 Millionen betragen.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 22

Bezug: Geht ein wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zusätzlich Posto vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden

7. Juni 1932

Gegen Schwarzarbeit der Beamten

Vor einiger Zeit ist die Schwarzarbeit der Beamten Gegenstand heftiger Angriffe im Reichswirtschaftsrat gewesen. Bei dieser Gelegenheit wurde offenbar, wie sehr ihr Umfang, namentlich von Kreisen des Handwerks, überschätzt wird. Die Ursache dafür ist in der allgemeinen Notlage zu suchen, die nicht nur dem Schatten einer Nebenbeschäftigung beamteter Personen mit schärflichem Auge nachgeht.

Was ist denn überhaupt Schwarzarbeit?

Unter Schwarzarbeit wird allgemein der illegale oder doch illegal empfundene Wettbewerb verstanden, der dem legitimen Gewerbe mehr oder minder heimlich bereitet wird. Wenn z. B. ein beamteter Techniker nach Dienstschluss eine Bauzeichnung für einen Privatmann gegen Entgelt entwirft, oder wenn ein im öffentlichen Dienst stehender Handwerker für seine Bekannten Hauschlüssel anfertigt, oder wenn ein Beamter seinem Kollegen die Haare schneidet, so ist das Schwarzarbeit. Über solche und ähnliche Fälle von Schwarzarbeit wurde in letzter Zeit häufiger geklagt und immer wieder Abhilfe verlangt. Natürlich sind die viel zahlreicheren Fälle von Schwarzarbeit nicht beamteter Kreise (z. B. von Arbeitslosen, Arbeitern, Angestellten, von Unternehmern selbst) ebenfalls bekämpft und verfolgt worden. Die Klagen über die Schwarzarbeit sind nicht neu, schon die mittelalterlichen Zünfte führten erbitterte Kämpfe gegen die Schwarzarbeit, die heimlich von den Gesellen verrichtet wurde.

Die allgemeine wirtschaftliche Not hat wohl zu einer außerordentlichen Zunahme von Schwarzarbeit aller Art geführt. Die Erbitterung der geschädigten Kreise wandte sich mit besonderer Empfindlichkeit gegen Fälle von Beamten-Schwarzarbeit. Auf Drängen des Handwerks ist daher schon Ende 1931 der Reichswirtschaftsminister an den vorläufigen Reichswirtschaftsrat herangetreten, um von ihm wegen der der Regierung erteilten Ermächtigung zur Änderung oder Neufassung der Gewerbeordnung eine gutachtliche Äußerung namentlich auch darüber zu verlangen, ob es sich empfehle, den Versuch einer gesetzlichen Einschränkung der gewerblichen Schwarzarbeit etwa durch eine Änderung der Vorschriften des § 14 Abs. 1 oder § 148 Abs. 2 der Gewerbeordnung zu machen. Demzufolge kam es zur Einsetzung eines zwölfgliedrigen Ausschusses durch den Zentralausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der sich mit dem Problem der Einschränkung der Schwarzarbeit beschäftigte.

In der allgemeinen Ansprache des Ausschusses über die Schwarzarbeit konnte man die Auffassungen der verschiedenen Abteilungen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, freie Berufe, Beamte usw.) kennenlernen. Die Arbeitgeber wünschten vor allem Einbeziehung sogenannter Regiebetriebe, die den Schwarzarbeitern die Gelegenheit zur Schwarzarbeit liefern, indem sie ihnen Lohn- oder Stücklohnarbeiten übertragen, oder Räume, Geräte, Werkzeuge oder Werkstoffe zur Verfügung stellen. Garie Ausdrücke der Mißbilligung fielen hier gegenüber der Schwarzarbeit von Beamten, deren Vorhandensein in großem Umfang behauptet wurde. Man konnte es z. B. noch verstehen, wenn ein arbeitsloser Bauhandwerker, der seinem Hauswirt die Miete schuldig sei, sich durch kleine Hausreparaturen eine Schuldenleichterung zu verschaffen suche, aber es könne nicht geduldet werden, wenn Leute mit festem Gehalt oder sonst gesichertem Einkommen nebenbei noch gewerbliche Schwarzarbeit leisten. Hier müßten die Dienstvorschriften der öffentlichen Dienststellen viel energischer gefaßt und viel wirksamer durchgeführt werden.

Auch die Abteilung 2 (Arbeitnehmer) verurteilte die Schwarzarbeit. Wer in festem Dienst oder in Arbeit stehe und daneben Schwarzarbeit leiste, verleihe die Unzufriedenheit der Arbeitslosen. Gegen Schwarzarbeit der Beamten müsse es möglich sein, auf dem Dienstweg Maßnahmen zu ergreifen.

In der Abteilung 3 (der auch die Beamtenvertreter angehört) verurteilte man ebenfalls die Schwarzarbeit, aber es wurden auch Bedenken geltend gemacht, die Anträge und Begründungen der Arbeitgeber ohne Kritik hinzunehmen. Die Beamtenverbände verurteilten jede Schwarzarbeit, namentlich angeht die jetzige Erwerbslosigkeit. Das komme auch in Aufsätzen in den Beamtenfachzeitschriften zum Ausdruck. Im ganzen werde aber der Umfang der Beamten-Schwarzarbeit stark

übertrieben und daraus entwickelten sich leider häufig Angriffe auf das Berufsbeamtentum.

Die Anhörung von Sachverständigen aus allen Zweigen des Handwerks zeitigte als Ergebnis die Bestätigung, daß der allergrößte Teil der Schwarzarbeit von Arbeitern, Angestellten und selbst Unternehmern verrichtet werde, während gleichzeitig eine Anzahl Fälle auch den Beamten angekreidet wurde. Darunter gehören die Klagen des Bundes Deutscher Architekten, daß beamtete Architekten für private Rechnung und auch für Kirchen- und Gemeindevewaltungen Aufträge übernehmen. Handwerksmeister des Schlossergewerbes verweisen darauf, der Staat greife durch seine Gefängniswerkstätten hier unbillig ein, ein besonders trübes Kapitel sei die Schwarzarbeit besonders gewisser Reichsbahnbediensteter.

Die Vertreter des Friseurhandwerks führten aus, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, den Ladenschluß und über sanitäre Einrichtungen, die seitdem bekannnten Arbeitsbeschränkungen und Betriebsunfällen mit sich gebracht hätten, denen der Schwarzarbeiter nicht unterworfen sei.

Aus Kreisen der Schuhmacher wird darauf hingewiesen, es seien 250 000 bis 300 000 gelernte Schuhmacher in andere Berufe hinübergewechselt. Postbeamte, Bahnbeamte, arbeitslose Fabrikarbeiter und die Schuhmacher, die im Privatvertrag bei der Reichswehr, Schutzpolizei und Feuerwehren tätig seien, würden sich weitgehend mit Schwarzarbeit befassen. Der Leder-Ausschnittshandel, der an jedermann jede Lederorte und Menge verlaufe, fördere die Schwarzarbeit.

Die Photographen bemängelten sogar die Schwarzarbeit der Schüler, die schlimm geworden sei, seitdem man die Photographie als Lehrgegenstand in den höheren Schulen eingeführt habe.

Der Arbeitnehmer-Sachverständige pflichtete zwar dem Arbeitgebervertreter bei, glaube aber nicht, daß mit gesetzlichen Verbots viel zu erreichen sei.

Als Ergebnis der Abstimmung über die zahlreich eingebrachten Anträge, wurde einstimmig eine Entschließung der Arbeitgeberseite angenommen, die neben anderen Punkten über die Schwarzarbeit von Beamten folgendes besagt:

In erhöhtem Maße ist zu beanstanden, daß noch immer Schwarzarbeit von Beamten und von Angehörigen der Wehrmacht ausgeübt wird. Von den Behörden des Reichs, der Länder und der Gemeinden, sowie von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften ist deshalb eine Überprüfung der bestehenden Bestimmungen über Zulassung von Nebenarbeit durch Beamte dahingehend zu fördern, ob sie in der Verschärfung der Wirtschaftslage noch genügend Rechnung tragen. Hierbei ist grundsätzlich vor Genehmigung von Nebenarbeit die allgemeine Wirtschaftslage zu berücksichtigen und die Genehmigung überall dort zu verweigern, wo diese Arbeiten vom Gewerbe oder von freien Berufen übernommen werden können, und nicht ein öffentliches Interesse für die Erteilung einer Genehmigung spricht. Verboten gegen die Angelegenheit oder gegen die verlagte Zustimmung ist nachdrücklich entgegenzutreten. Schon erteilte Genehmigungen sollten in dieser Beziehung überprüft und gegebenenfalls widerrufen werden.

In einem Sondergutachten der Arbeiter, das dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats als Anlage beigegeben ist, wird ausgeführt:

„Die Abteilung 1 ist ferner der Auffassung, daß auch die gewerbliche Schwarzarbeit, die von Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder und der Gemeinden im Ruhestand oder als Wartegeldempfänger geleistet wird, auf dem Verordnungswege streng untersagt werden muß. Der Wettbewerb, der von solchen Personen in dauernder oder gelegentlicher Arbeit gegen das legitime Handwerk und gegen die freien Lohnarbeiter schon allein durch die Lohnunterbietungen ausgeübt wird, wirkt nicht nur schwer erwerbserschwerend und steigert nicht nur die Erwerbslosigkeit nach mehr, als die allgemeine trübselige Wirtschaftslage das ergibt, sondern sie führt auch insbesondere zu den tiefgehenden Verzerrungen und Mißmutäußerungen gegen die versorgte Beamten- und Angestelltenchaft im Ruhestand. Dieses Erfunden findet zugleich eine Stütze in dem Antrag: Lambach, Simpfendorfer, Hartung, Baltrusch und Genossen vom 23. Februar 1932 an den Reichstag — Reichstagsdrucksache Nr. 1376 —, dessen Inhalt in vollem Umfang zustimmen müssen.“

Aus den Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat ergab sich im übrigen, daß der Umfang der Schwarzarbeit der Beamten behauerlicherweise sehr überschätzt wird, und zwar rührt dies

davon her, daß Einzelfälle unzulässigerweise verallgemeinert worden sind. Die Beamtenschaft ist — das kam ebenfalls zum Ausdruck — auch überzeugt, daß viele handwerkliche Arbeiten nicht mehr schwarz ausgeführt werden würden, wenn das legitime Handwerk seine Preise angemessen senkte. Gleichwohl wird es Sache des DVB. und seiner Mitglieder sein, bei der großen Arbeitslosigkeit, die Verbrennungen zur Vereinfachung der Schwarzarbeit zu unterstützen.

Zugang zum höheren Verwaltungsdienst

In Nr. 1010 der Reichstagsdrucksachen (V. Wahlperiode) war die Regierung ersucht worden, die Bestimmungen über Vorbildung, Zugang und Tätigkeit der höheren Verwaltungsbeamten im Reichsdienst einschließlich der deutschen Reichspost und der deutschen Reichsbahn neu zu regeln. Diese Regelung müsse grundsätzlich jedem Akademiker mit abgeschlossener Hochschulbildung den Eintritt in die höhere Verwaltungslaufbahn des Reichs und die Erreichung aller Rangstufen dieses Dienstes ermöglichen. Insbesondere sollen die fachtechnisch vorgebildeten höheren Beamten in gleicher Weise wie die juristisch vorgebildeten zur selbständigen, federführenden Bearbeitung von Verwaltungsangelegenheiten und Leitung von Ämtern und Sachabteilungen zugelassen werden. Es können aber auch andere Personen, die durch besondere Leistung ihre Eignung nachgewiesen haben, zum höheren Verwaltungsdienst zugelassen werden.

Auf diese Entschließung des Reichstags hat die Reichsregierung folgenden Bescheid erteilt:

Die Reichsverwaltung entnimmt ihren Beamtennachwuchs zu einem großen Teil aus den Verwaltungen der Länder. Eine eigene Annahme und Ausbildung findet nur für bestimmte Verwaltungszweige und Anstalten statt. Die besonderen Aufgaben, zu deren Erledigung die Anwärter dort angenommen werden, fordern in den meisten Fällen bestimmte Vorkenntnisse, z. B. technische von verschiedener Art, juristische, medizinische, statistische. Der Grundbesitz besteht schon jetzt, das jedem Akademiker mit abgeschlossener Hochschulbildung der Eintritt in die höhere Verwaltungslaufbahn des Reichs offen steht, wenn die Art seiner wissenschaftlichen Bildung geeignet ist, auf irgendeinem Gebiet des öffentlichen Dienstes verwendet und nutzbar gemacht zu werden. Auch gilt schon heute der Grundsatz, daß die einmal angenommenen Beamten, ohne Rücksicht auf die Art ihrer Vorbildung, alle Rangstufen dieses Dienstes erreichen können und nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen zur selbständigen Bearbeitung von Verwaltungsangelegenheiten und Leitung von Behörden und Abteilungen berufen werden. Ebenso werden Personen mit oder ohne akademische Vorbildung, die durch besondere Leistungen ihre Eignung nachgewiesen haben, in Eingangs- und Beförderungsstellen des höheren Verwaltungsdienstes übernommen.

Bezüge der Bundesbeamten in USA

Das amtliche Budgetbüro der USA. gibt zum erstenmal eine Statistik der Bezüge der Zivilstaatsbediensteten im Vollzugsdienst heraus. Daraus sind folgende Zahlen ersatzweise wert: Insgesamt werden Angaben über die Bezüge von 732 400 Bundesangestellten gemacht, die zusammen ein Einkommen von 1 055 970 636,55 Dollar Einkommen beziehen. Am größten ist die Zahl der Bediensteten mit weniger als 1000 Dollar Jahresgehalt, sie beträgt 124 673, die zusammen 43 Millionen Dollar beziehen. Die zweitgrößte Kategorie der Bediensteten umfaßt 116 759 Personen mit einem Einkommen von 2100 bis 2200 Dollar. Diese beziehen insgesamt 243 Millionen Dollar. Die größte Zahl der Bediensteten bezieht ein Einkommen unter 2200 Dollar. Die Zahl der Bediensteten, die mehr als 2700 Dollar beziehen, fällt sehr schnell ab. Über 8000 Dollar beziehen in den Vereinigten Staaten nur 523 Bedienstete. Das höchste Einkommen von mehr als 15 000 Dollar beziehen 31 Angestellte mit zusammen 530 000 Dollar.

Kürzung der Beamtengelder in Ungarn

Nach Meldung aus Budapest hat die ungarische Regierung beschlossen, zur Sicherung des Haushalts-Gleichgewichts neben weiterer Herabsetzung verschiedener Ausgabenposten und Erhöhung einzelner Steuerarten auch die Beamtengelder um weitere drei Proz. zu kürzen.

Öffentliche Bezirkskassette Müllheim

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	12 895,26	1. Spareinlagen	3 337 021,07
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt	12 731,78	2. Aufwertungs-spar-einlagen	1 107 764,65
3. Wertpapiere	43 753,81	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	226 777,67
4. Wechsel	176 166,23	4. Anlehens- und andere Schulden	51 506,73
5. Darlehen a. Hypotheken	2 183 539,32	5. Rücklagen	
6. Darlehen an Private	1 192 626,84	a) gesetzl. Reservefonds	296 972,24
7. Darlehen a. Schuldschein	172 027,76	b) Sonderrücklage	72 074,18
8. Darlehen an Gemeinden	149 490,55	7. Reingewinn vom Jahre 1931	58 768,58
9. Aufwertungs-forderung	980 893,72		
10. Einnahmerückstände	160 714,03		
11. Grundstücke u. Gebäude	66 044,32		
12. Gerätschaften	1,-		
	5 150 885,12		5 150 885,12

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 4 671 563,39 RM Einlagen = 373 725,07 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 = 427 815,- RM
Somit mehr = 54 089,93 RM

Müllheim, den 15. März 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Sammerle.

9.988

Der Geschäftsleiter:
Schirmer.



Badisches Landestheater

Mittwoch, den 8. Juni 1932

* E 28. K. G. 701-800

Der fliegende Holländer

Von Richard Wagner

Dirigiert: Schwarz

Spielleitung: Pruscha

Mitwirkende:

Haberlorn, Reich-Dörich,

Gospach, Kiefer, Schuster,

Strad

Anfang 20 Ende 22 1/2

Preise D 0,90-5,70 RM

Do. 9. 6. Neu einstudiert:

Schneider-Wibel, Fr. 10.6.

Vor Sonnenuntergang. Im

Konzerthaus: Pänzel und

Gretel (1. Akt). Hierauf:

Als ich noch im Flügelkleide.

Sa. 11.6. Das Dreimäderl-

haus. So. 12.6. Zu kleinen

Preisen: Lohengrin.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Öffentliche Sparkasse Willstätt

Bilanz per 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	7 047,22	1. Spareinlagen	614 380,91
2. Guthaben bei Post-scheckamt, Landesbank u. anderen Banken	23 772,15	2. Aufwertungs-spar-einlagen	372 560,77
3. Wechsel	450,-	3. Giroeinlagen	11 484,06
4. Eigene Wertpapiere aus Kautalanlagen	55 575,-	4. Rücklagen:	
5. Feste Hypothekendarlehen	452 789,83	a) gesetzl. Reservefonds	31 847,15
6. Gemeindebedarlehen	87 859,99	b) Sonderrücklage	10 977,80
7. Einlage beim Spargiroverband	14 100,-	5. Reingewinn vom Jahre 1931	8 560,70
8. Schuldscheindarlehen (Bürgschaft)	118 647,95		
9. Einnahmerückstände	21 303,04		
10. Aufwertungs-forderung	268 274,01		
11. Gerätschaften	1,-		
	1 049 820,19		1 049 820,19

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 998 425,74 RM Einlagen = 79 874,05 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 40 416,85 RM
Somit weniger = 39 457,20 RM

Willstätt, den 1. Juni 1932.

Der Verwaltungsrat:

Reiß

9.987

Der Geschäftsleiter:

Geigel